

tuation beitragen, da die Gefahr besteht, daß Jugendliche durch ihre ersten längeren Strafvollzugserfahrungen statt eines episodenhaften Kontaktes mit dem Strafrecht eine längerfristige kriminelle Karriere ansteuern. Auch hier kann wieder die amerikanische Kriminalpolitik als warnendes Beispiel herangezogen werden. Verurteilungen Jugendlicher nach dem Erwachsenenstrafrecht haben gerade nicht den frühzeitigen Waffengebrauch Jugendlicher unterbunden, und auch die hohe Rate der eingesperrten Personen, gerade auch der jugendlichen Bevölkerung – insgesamt sitzen dort mehr als 1,2 Millionen Personen im Gefängnis – haben hier nicht für mehr Sicherheit gesorgt. Die Bewaffnung von Jugendlichen nimmt hier sogar eher zu.

Zu überlegen ist allerdings, ob nicht eine schnelle Reaktion auf die Straftaten Jugendlicher geboten ist, die etwa durch die Anwendung des vereinfachten Verfahrens erreicht werden könnte. Die rechtspolitische Forderung, die Strafe müsse der Tat auf dem Fuße folgen, ist ebenso alt wie plausibel. Hier geht es in der Regel auch nicht um Strafe im Sinne einer Freiheitsstrafe, sondern im Sinne einer Reaktion, die auf die Tat folgt. Eine solche unverzügliche Reaktion läßt sich gerade mit Gerechtigkeits- und Nützlichkeitsüberlegungen begründen. Der Zusammenhang zur Straftat wird deutlich, Integrations- und Hilfsangebote können sofort eingreifen, und nur wenn diese versagen, kann in der Fortfolge eine jugendstrafrechtliche Ahndung hilfreich sein.

These 9: Drogenpolitik

Die Funktionalisierung des Strafrechts und mithin der Versuch, Strafrecht zur Verfolgung politischer Ziele zu nutzen, und zugleich das Scheitern eines solchen Versuchs läßt sich am deutlichsten am Drogenstrafrecht ablesen. Hier wird letztlich das Nichtwirken von strafrechtlichen Normen besonders greifbar: Die zweimalige überaus deutliche Erhöhung des Strafrahmens im Betäubungsmittelstrafrecht – Höchststrafen sind von drei über fünf auf 15 Jahre erweitert worden – hat eben gerade nicht

zum Rückgang der Betäubungsmittelkriminalität geführt. Allein gesundheitspolitische Maßnahmen können zur Zeit die schlimmsten Folgen verhindern und haben einen teilweise deutlichen Rückgang der Beschaffungskriminalität bewirkt. Also gilt auch gerade hier: Gesundheits- und sozialpolitische Präventionsmaßnahmen greifen eher als das Strafrecht. Berücksichtigt man zudem die extreme Belastung der gesamten Justiz von der Staatsanwaltschaft über das Gericht bis hin zum Strafvollzug durch die Zuweisung gesamtgesellschaftlicher Steuerungsmaßnahmen jenseits des Kernstrafrechts, dann wird besonders deutlich, daß das Strafrecht zur Lösung gesellschaftspolitischer Probleme nicht taugt, sondern vielmehr gesamtgesellschaftliche Präventionsmaßnahmen gefordert sind, für die es gerade in einigen europäischen Großstädten, auch in Frankfurt am Main, sinnvolle Ansätze gibt.

These 10: Männergewalt

Wahrscheinlich bedarf es gerade bei dem Entgegenwirken gegen die Männergewalt der Durchbrechung eines Zirkels. Wird auf die Gewalt junger Männer sofort mit deutlichen Zwangsmaßnahmen reagiert, so mögen sich gerade durch die vorgefundenen Normen der Subkultur in Justizvollzugsanstalten gewalttätige Problemlösungsmechanismen verfestigen, die letztlich nur eine Gewaltspirale in Gang halten, was auch daran sichtbar wird, daß jedenfalls zahlenmäßig auch die Opfer von Gewalttaten vor allem männliche Jugendliche und junge Männer sind. Zur Durchbrechung einer solchen Gewaltspirale sind daher frühzeitige Interventionen anzustreben, die gerade dem männlichen jugendlichen Täter Möglichkeiten zur gewaltlosen Konfliktlösung beibringen und die Gewaltverherrlichung aufbrechen.

Rupert von Plottnitz ist Minister für Justiz und Europaangelegenheiten in Hessen

STELLUNGNAHME ZU DEN ZEHN THESEN

Kommunale Prävention als Alternative?

• Werner Lehne

Die von der Redaktion der NK erarbeiteten und in Heft 2/98 veröffentlichten »10 Thesen für eine Kriminalpolitik mit Augenmaß« können als Einladung zu einer dringend notwendigen Selbstverständnisdebatte über die zentralen Bezugspunkte einer zeitgemäßen alternativen Kriminalpolitik gelesen werden. In diesem Sinne stellt der Autor dieses Beitrags einige kritische Anmerkungen zu ausgewählten Aspekten der Thesen zur Diskussion.

Bereits in der Präambel zu den »10 Thesen für eine Kriminalpolitik mit Augenmaß« werden neben einer Konfliktregelungsperspektive problemorientierte und situationsbezogene Präventionsansätze als zentrale Bezugspunkte einer alternativen¹ Kriminalpolitik genannt. In These 4 (Prävention als kommunale Aufgabe) wird dann weitergehend für eine lokale, problembezogene, ressortübergreifende Präventionspolitik plädiert, die an der Veränderung sozialer Situationen und Gelegenheitsstrukturen ansetzt, um Kriminalität weniger wahrscheinlich zu machen. Zu dieser Orientierung möchte ich einige kritische Anmerkungen machen und auf mögliche Probleme und Gefahren hinweisen.

Im ersten Zugang ist man geneigt, der skizzierten Ausrichtung als einer kritischen zuzustimmen. Eine alternative Kriminalpolitik hat sich von der Blickverengung der strafrechtlichen Perspektive zu lösen und problematische soziale Konstellationen bewertungs- und bearbeitungsöffener zum Beispiel als Konflikte oder auch als Probleme zu rekonstruieren. Gegen eine Problem- und Konfliktorientierung ist in diesem Sinne nichts einzuwenden. Genauso erscheint es begrüßenswert, wenn Problemlösungsstrategien neben Verfahren der Konfliktregelung auf die Gestaltung sozialer Situationen abzielen und nicht auf die Einflußnahme auf Personen, die in aller Regel mit einer Einschränkung von deren persönlicher Freiheitssphäre

einhergeht. Besser die elektronische Wegfahrsperre einführen, als Autodiebe zu jagen und einzusperren; besser durch Maßnahmen der Gestaltung des öffentlichen Raumes »Angsträume« abbauen, als die Repressions- und Überwachungsschraube im Kampf gegen subjektive Unsicherheit weiter anzuziehen etc. Auch daß entsprechende Problemlösungen, die ja explizit über polizeiliche und strafrechtliche Maßnahmen hinausgehen, eine ressortübergreifende Aufgabe sind, die koordiniert zu bewerkstelligen ist, ist vor diesem Hintergrund einleuchtend.

Gleichwohl ist eine situationspräventive, problemorientierte und ressortübergreifende kommunale Kriminalprävention entgegen aller Plausibilität auf den ersten Blick ein fragwürdiger Eckpunkt für eine alternative Kriminalpolitik. Denn die genannten Orientierungspunkte entstammen ursprünglich einem technokratischen, teilweise konservativen Diskussionszusammenhang und dienen dort als Rechtfertigung für eine Praxis, die sich teilweise überhaupt nicht durch »Augenmaß« auszeichnet.² In der aktuellen bundesrepublikanischen Kriminalpolitikdebatte sind sie die Eckpfeiler des zunehmend an Bedeutung gewinnenden Konzepts der »Kommunalen Kriminalprävention« (KKP), das ebenfalls nicht automatisch für eine progressive Politik steht. Zwar lassen sich die Orientierungspunkte, wenn man sie »gegen den Strich« als Allgemeinplätze interpretiert, in ein

fortschrittliches kriminalpolitisches Konzept einbauen, sie umreißen und begründen ein solches aber in keiner Weise. Alternative Kriminal- und Sicherheitspolitik braucht eine andere, übergeordnete Leitorientierung, eine, die die Differenz zu konservativen Ansätzen unmißverständlich markiert.

Bevor ich auf die angesprochenen Probleme detaillierter eingehen werde, erscheint mir eine Präzisierung dessen notwendig, was im vorliegenden Zusammenhang mit *Prävention als kommunaler Aufgabe* angesprochen ist.

Kommunale Sicherheitspolitik

In der Debatte um Kommunale Kriminalprävention (KKP) ging es von Beginn an um mehr als Kriminalprävention. KKP zielt immer auch auf *subjektive* Sicherheit und strebt Maßnahmen an, sie auf kommunaler Ebene positiv zu beeinflussen. Subjektive Sicherheit hat dabei bekanntlich in der Regel wenig mit dem Auftreten von Kriminalität zu tun, allenfalls mit dem Vorliegen von Störungen oder Ordnungswidrigkeiten. Maßnahmen gegen Verunsicherungen und Irritationen sind folglich auch keine kriminalpräventiven, sondern Versuche der Gestaltung des Sozialen in einer Weise, die dem Sicherheitsbefinden dienlich ist.

In dem vorliegenden Programm wird unter der Überschrift »Prävention als kommunale Aufgabe« auf genau diese Ebene abgezielt. In These 4 ist zu lesen: »Die Maßnahmen präventiver Kriminalpolitik bestehen darin, soziale Konflikte zu analysieren und mit den beteiligten Personen und Gruppen Strategien zu entdecken, diese Konflikte zu regulieren. In diesem Verständnis ist Prävention vor allem Aufgabe lokaler, problembezogener und ressortübergreifender Politik«. Diese Konzeption ist weniger auf klassische Kriminalitätsphänomene wie Einbruch oder Körperverletzung, als auf kollektive Sicherheits- und Ordnungsprobleme sowie Konflikte unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen bezüglich ihrer jeweils spezifischen Sicherheits- und Ordnungsinteressen gemünzt. Es handelt sich hier um ein Plädoyer für die Weiterentwicklung von solchen Modellen kommunaler Sicherheitspolitik, die

als Gegenmodell zur konservativen Linie der Bekämpfung vermeintlicher Störer und ggf. Straftäter Sicherheit über die Gestaltung des Sozialen und die Regulation sozialer Konflikte anstreben. Kommunale Sicherheitspolitik ist dabei im Gegensatz zum konservativen Diskurs gerade nicht als Kriminalprävention zu verstehen (zum Beispiel im Sinne des »broken-windows-Ansatzes«), sondern als eigenständige, in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnende Aufgabenstellung.

Aber wie muß die Orientierung einer solchen Sicherheitspolitik aussehen, damit sie als fortschrittlich oder alternativ bezeichnet werden kann?

Situationsorientierung?

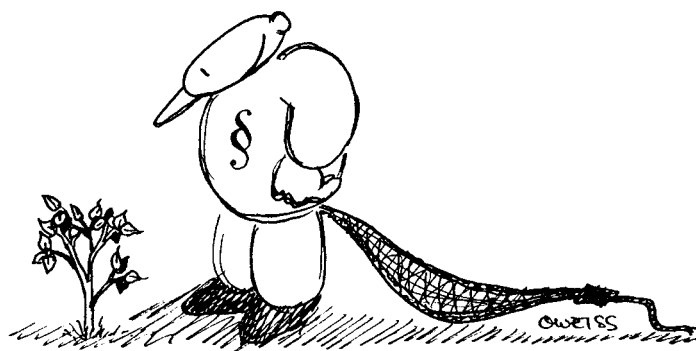
Die Situationsorientierung ist kein geeignetes Gütekriterium für eine kommunale Sicherheitspolitik »mit Augenmaß«. Natürlich geht es bei der anzustrebenden kommunalen



len Sicherheitspolitik um die Gestaltung des Sozialen und somit um die Gestaltung von Situationen. Diese Situationsorientierung ist dabei aber für sich genommen noch keineswegs unproblematischer als die Einflußnahme auf Personen. Auch über die Gestaltung von Situationen setzen bestimmte Akteure ihre Interessen durch, werden andere in ihren Möglichkeiten eingeschränkt und im Extrem aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Ist es zum Beispiel wirklich unproblematischer, öffentliche Räume so zu gestalten, daß Obdachlose, Bettler und Drogenabhängige keine Möglichkeiten mehr finden, sich dort aufzuhalten (indem zum Beispiel Sitzgelegenheiten, potentielle Schlafplätze und Möglichkeiten

zum Unterstellen durch technische Maßnahmen abgebaut werden), als sie direkt polizeilich zu vertreiben? Auch die unter anderem aus den USA bekannten »gated communities« sind situationspräventive Lösungen von Sicherheitsproblemen, deren Vorzüge gegenüber einer offenen, sozial gemischten Wohngegend, in der nach rechtsstaatlichen Regeln gegen bestimmte Störer vorgegangen wird, im Sinne einer alternativen Sicherheitspolitik schwer zu begründen sein dürften.

Fragen der Situationsgestaltung sind politische Fragen der Gestaltung des Sozialen und keine technokratischen der objektiven Identifizierung von Unsicherheitsquellen, womöglich noch durch Fachleute. Die Rhetorik der sachgerechten Politik (am Ende der Prämabel) führt hier in die Irre. Was für einen Teil der Bevölkerung Quelle der Verunsicherung ist, ist für einen anderen Grundvoraussetzung von Teilhabe und Lebensqualität. Was unter Sicherheitsgesichtspunkten wünschenswert erscheint,



ist unter anderen Qualitätsaspekten des sozialen Zusammenlebens in diskutabel. Damit die Gestaltung von Situationen zu einer progressiven Politik führt und nicht zu noch größerem Übel als die Politik der straf- und polizeirechtlichen Störerbekämpfung, bedarf es funktionierender demokratischer Entscheidungsstrukturen über das Wie der Situationsgestaltung, gekoppelt mit normativen Prinzipien wie z.B. Interessenausgleich, Minderheiten- und Individualschutz.

Problemorientiert und ressortübergreifend?

Auch die Begriffe »problemorientiert« und »ressortübergreifend«

führen bei den skizzierten Problemen nicht weiter. Ihre Bedeutung über das Selbstverständliche hinaus – natürlich sollte kommunale Sicherheitspolitik sich an den vorhandenen Problemen orientieren, auf deren Lösung hinarbeiten und sollten die verschiedenen Ressorts zusammenarbeiten – zeigt sich erst, wenn man sich vergegenwärtigt, wogegen sie gerichtet sind. Es handelt sich um ein Gegenprogramm zu einer Politik, die sich dadurch auszeichnet, daß die einzelnen Ressorts auf der Basis ihrer jeweiligen Zuständigkeit gemäß der je spezifischen bürokratischen Programme tätig werden, um ein Plädoyer für Entbürokratisierung und Entformalisierung. Polizei, Ordnungsamt, Wirtschaftsbehörde, Schulbehörde, Stadtplanung etc. sollen sich von ihren bürokratisch (und rechtsstaatlich!) »verkrusteten« Einzelprogrammen und reaktiven Arbeitsformen lösen und gemeinsam und kreativ nach konzertierten Problemlösungen suchen.

Auch für praktische Sicherheitspolitik in diesem Sinne gibt es reale Beispiele, die nichts mit kommunaler Sicherheitspolitik »mit Augenmaß« gemein haben.

So sind verschiedene Fälle dokumentiert, in denen alle beteiligten Behörden ihren Beitrag zur Zerschlagung von beispielsweise Prostitutionsmilieus oder offenen Drogenszenen geleistet haben, indem polizeiliche Kontrollen und Festnahmen intensiviert, relevanten Treffpunkte durch Wirtschaftsbehörde, Gesundheitsbehörde und Ordnungsamt (Begründung: bauliche, hygienische oder nutzungsrechtliche Mängel) geschlossen, Aufenthaltsmöglichkeiten an unproblematischeren Standorten bereitgestellt und die Staatsanwalt-

schaften für solche Fälle sensibili-
siert wurden.

Problemorientierung und ressort-
übergreifender Arbeitsansatz eröff-
nen Möglichkeiten für effektivere
Intervention – für gute wie für
schlechte Zwecke. Die Effektivitäts-
steigerung geschieht dabei aller-
dings um den Preis der faktischen
Unterhöhnung rechtsstaatlicher
und formaldemokratischer Siche-
rungen, ist in der Tendenz antiliberal
und antidemokratisch. Von Augen-
maß kann hier folglich nicht
die Rede sein.

Demokratisch organisierte Sicherheitspolitik

Eine alternative kommunale Si-
cherheitspolitik, die sich deutlich
von konservativer Sicherheits- und
Kriminalpolitik absetzt, ist nicht
nur eine Frage des Augenmaßes
oder sachgerechter Politik. Sicher-
heitsprobleme sind keine techno-
kratisch und professionell zu lösen-
den Sachprobleme, wie es bei den
Kriterien »situationsorientiert, res-
sortübergreifend, problemorien-
tiert« mitschwingt, sondern politi-
sche Fragen, die es als solche anzu-
gehen gilt. Dabei steht eine alterna-
tive Politik vor der Herausforde-
rung, praktikable Modelle der
demokratischen Aushandlung von
Interessenkonflikten zu entwickeln
und diese an weitergehende norma-
tive Prinzipien zu binden: soziale
und politische Gleichheit, Minder-
heiten- und Individualschutz, Si-
cherheit als Teilaspekt von Lebens-
qualität etc.

An realisierbaren Modellen für
die Organisation entsprechender
Beteiligungsprozesse mangelt es da-
bei weitgehend. Mit Gremien wie
wir sie zum Beispiel aus vorhande-
nen Präventionsräten kennen, wird
den genannten Problem nicht
Rechnung getragen. Gerade in sol-
chen offenen, nicht formalisierten
Zusammenschlüssen setzen sich die
sozialen Ungleichheiten in der Ge-
sellschaft ungebrochen durch: Es
findet sich dort keine Repräsentati-
on des gesellschaftlichen Interes-
senspektrums; über ihre Organisati-
ons- und Artikulationsfähigkeit set-
zen sich vielmehr genau die Interes-
sengruppen durch, die auch in
anderen Bereichen privilegiert sind.

Kommunale Sicherheitspolitik
hat darüber hinaus zu berücksichti-

gen, daß Sicherheit nur eine Di-
mension einer »guten Gesellschaft«
darstellt und entsprechend einzu-
betten ist in ein umfassenderes
Konzept von Kommunalpolitik.
Auch die Kommunalpolitik wird –
wie die Sozialpolitik – verkürzt, ver-
formt und instrumentalisiert, wenn
sie ausschließlich auf Sicherheit aus-
gerichtet wird. Nicht eine ressort-
übergreifende Reorganisation von
Kommunalpolitik als Sicherheitspo-
litik ist gefordert, sondern eine
gemäß der genannten Prinzipien or-
ganisierte Kommunalpolitik, bei der
Sicherheit als eine Zieldimension
neben anderen integriert ist.

Im skizzierten Sinne muß sich al-
ternative Sicherheitspolitik eindeu-
tiger definieren und um die Ent-
wicklung neuer, entsprechender
Praxismodelle bemühen. Sie geht
einen riskanten Weg, wenn sie rela-
tiv unbestimmte Begrifflichkeiten
und Politikansätze (zum Beispiel
der Situationsprävention oder der
KKP), die zudem noch einer konser-
vativ-technokratischen Tradition
entstammen, einfach übernimmt.
Daran ändert auch die vermutliche
Absicht nichts, entsprechende Kon-
zepte für die spezifischen eigenen
Ziele nutzbar machen zu wollen.

*Dr. Werner Lehne ist wissenschaft-
licher Mitarbeiter am Aufbau- und
Kontaktstudium Kriminologie der
Universität Hamburg*

Anmerkungen

1 Obwohl, oder auch gerade weil Be-
griffe wie »alternativ« oder »kritisch«
ohne weitergehende Konkretisierung
sehr unbestimmt sind, ziehe ich sie
den Charakterisierungen »sachge-
recht« und »mit Augenmaß« vor.
Was die Kriterien für eine
andere/bessere Kriminalpolitik sein
sollen, ist keine Frage des richtigen
Maßes, sondern muß normativ be-
stimmt werden (z.B. indem Grund-
prinzipien wie Reduzierung der Zu-
fügung von Leid, Integration statt
Ausgrenzung gesetzt werden). Wel-
ches sind die gemeinsamen normati-
ven Eckpunkte unserer aktuellen De-
batte? Das wäre eine interessante
und wichtige Frage für eine eigene
Diskussion, die ich hier nicht führen
kann. Implizit ist sie allerdings mit
Gegenstand meiner Ausführungen.

2 Siehe z.B. Clarke, R.V. (Ed.), *Situational
Crime Prevention. Successful
Case Studies*, New York 1992; Gold-
stein, H., *Problem-Oriented Policing*,
New York 1990.

INTERNET VOR GERICHT

Viel Wirbel um nichts?

• Peter Zimmermann

**Der ehemalige Geschäftsführer von CompuServe, Felix
Somm, wurde vom Amtsgericht München am 28. Mai über-
raschend zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren we-
gen Beihilfe zur Verbreitung von pornographischen Schrif-
ten verurteilt. Das Medienecho ist gewaltig, der Untergang
des Internets in Deutschland wird befürchtet. Soweit wird
es nicht kommen, und das Urteil scheint keinen Grundsatz-
charakter zu haben. Allerdings wirft es grundsätzliche Fra-
gen auf, so daß man auf die schriftliche Begründung und
die Ergebnisse der weiteren Diskussion gespannt sein darf.**

Nach den Plädoyers von
Staatsanwaltschaft und
Somms drei Verteidigern
sah alles ganz einfach aus. Der
Sachverständige Kai Fuhrberg hatte
dargestellt, daß eine lückenlose
Überwachung von Inhalten im In-
ternet nicht möglich sei, so daß
schließlich auch der Staatsanwalt
Freispruch beantragte. Die Ausein-
andersetzung hatte sich zur rechtli-
chen Begründung des Freispruchs
hin verlagert.

Überraschend verkündete der
Amtsrichter Wilhelm Hubbert
dann einen Schuldspruch und lö-
ste damit Unverständnis im Ge-
richtssaal und Empörung beim An-
geklagten aus. Erstmals ist in
Deutschland ein Online-Anbieter
in Zusammenhang mit Kinderpor-
nographie verurteilt worden.

Die Medienmaschine begann
entsprechend zu rollen: Trotz der
nur etwa zwanzig Besucher – meist
Medienvertreter – in dem kleinen
Münchener Gerichtssaal fand die
Entscheidung des Gerichts auch in-
ternational sehr viel Beachtung.
Das Urteil ist in den Medien auf
fast einhellige Ablehnung gesto-
ßen, teils mit deftigen Worten.
Die Lektüre einiger Artikel erweckt
den Eindruck, es werde über einen
anderen Prozeß berichtet: das In-
ternet vor Gericht. Darum ging es
aber nicht.

Für Juristen war die ausführliche
mündliche Begründung durchaus
nachvollziehbar, auch wenn die
Verteidigung es nicht für wahr-
scheinlich hält, daß es rechtskräftig
wird und – natürlich – sofort Rechts-

mittel angekündigt hat. Es sei ein
Fehlurteil.¹ Ob dieser Optimismus
gerechtfertigt ist, wird sich zeigen,
wenn die schriftliche Begründung
vorliegt. Zunächst muß das Urteil
nicht überbewertet werden, noch ist
alles offen. Ob allerdings das negati-
ve Signal für den »Medienstandort«
Deutschland zu beseitigen ist, auch
wenn das Urteil aufgehoben wird,
ist zweifelhaft. Dies dürfte aber we-
niger dem verspotteten bayerischen
Amtsrichter anzulasten sein als der
Berichterstattung.

Rechtslage nun wieder unklar?

Die Internetgemeinde bewegt
jetzt vor allem Angst ob der neuen
Unklarheit über die Rechtslage.
Nachdem letztes Jahr der US Supre-
me Court ein Gesetz gegen Kin-
dersex im Internet aufhob, da es
gegen die Meinungsfreiheit versto-
ße, und nachdem das Tele-
dienstgesetz in Deutschland für
eine vermeintlich klare Rechtslage
gesorgt hatte, scheint den Betroffe-
nen nun wieder alles offen.

Interessant ist die sorgfältige Be-
gründung, die der Richter nach der
Verkündung des Schuldspruches
vortrug. Nachdem schon Staatsan-
walt Hunoltstein durch gute eigene
Sachkunde aufgefalle war, ver-
suchte auch der Richter klar zu ma-
chen, daß er sich um eigenes tech-
nisches Verständnis bemüht hatte.
Trotz Schlagzeilen wie »keine Ah-
nung vom Internet«² und ähnli-
chen schien es, als habe er das mit
Erfolg getan.